



### Landesverbandstag

- ◆ Spitzenpolitiker antworten dem DFV
- ◆ Resolution des DFV

### Aktuelles

- ◆ Gentechnik in der Nahrung
- ◆ Kinderfernsehen
- ◆ Elterngeld

### Kommentar

- ◆ Mehr Dialog in der Erziehung



## Editorial

*Liebe Leserin, liebe Leser,  
liebe Verbandsfamilien,*

*am 26. März waren in Baden-Württemberg wieder Landtagswahlen – und es sank die Zahl der Wählerinnen an diesem demokratischen Akt der Willensbildung.*



*Für die Familien im Lande bot der DFV sein Familienpolitisches Forum im Rundfunksaal des SWR in Stuttgart, wo sich die Spitzenpolitiker den Familienfragen stellten.*

*Dort vorgetragene familienpolitische Forderungen blieben wegen der schlecht eingeschätzten Wirtschafts- und Haushaltslage auf der Strecke und bleiben Zukunftsvisionen – so die Politiker und Politikerinnen.*

*Nach der Regierungsbildung der schwarz-gelben Koalition in Stuttgart richtet sich unsere Aufmerksamkeit auf die Ziele der neuen/ alten Landesregierung. Trotz aller formulierter Schwerpunkte ist klar erkennbar, dass wir wieder nicht auf ein reines Familienministerium in Stuttgart hoffen dürfen.*

*Gespannt sind wir auf die proklamierten strukturpolitischen Schwerpunkte und die zukünftigen Aufgabenfelder wie Familie – einschließlich Kinder und Jugendliche –, Arbeit und soziale Gerechtigkeit als Zukunftspotentiale, Stärken von elterlicher Erziehungskompetenz, Zusammenwirken von Elternhaus, Kindergarten, Schule und Verwaltung sowie die Förderung der Familienorganisationen. Neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen gilt es auch ein familiengerechtes und finanzierbares Wohnen – auch im Alter sicherzustellen.*

*Dem Modell „Kinderland Baden-Württemberg“ der Landesregierung gilt unsere Aufmerksamkeit und auch unser Angebot zur konstruktiven Mitgestaltung als Zukunftsperspektive für unser Bundesland – auch hier gilt unser Verbandsmotto:*

*.. der Familie verpflichtet... DFV.*



Uto R. Bonde  
Vorstandsvorsitzender Baden-Württemberg

## Familienpolitisches Forum zum Landesverbandstag

### Spitzenpolitiker antworten dem DFV vor der Landtagswahl

„Die Kosten der Erziehung von Kindern werden privatisiert, der Nutzen sozialisiert!“ – Diese einprägsame Formel zur Kritik der seit Jahrzehnten fehlerhaften Familienpolitik in Deutschland ist nach Auffassung des baden-württembergischen Justizministers **Ulrich Goll** absolut richtig. Beim familienpolitischen Forum des DFV am 18. März 2006 – eine Woche vor der Landtagswahl – sagte Goll als Spitzenkandidat der FDP, Paare mit Kindern hätten nicht nur ein deutlich geringeres Durchschnittseinkommen als Kinderlose, sie hätten am Ende auch deutlich weniger Rente. Bei der derzeitigen Praxis der Anerkennung von Erziehungszeiten müsse eine nicht berufstätige Mutter 19(!) Kinder erziehen, um auf eine Rente von 1500 Euro zu kommen – eine Summe, die eine erwerbstätige Frau ohne Kinder durchaus erreichen kann.



Goll reagierte bei der Podiumsdiskussion unseres Landesverbandes im Studiosaal des SWR in Stuttgart damit auf Äußerungen der Spitzenkandidatin der SPD, **Ute Vogt**, und des Spitzenkandidaten der Grünen, **Winfried Kretschmann**, die beide keinen vorrangigen Bedarf sehen, die Einkommenssituation der Familien über ein höheres Kindergeld oder größere Steuerentlastungen zu verbessern. Dafür fehlt nach ihrer Meinung in den Staatshaushalten schlicht das Geld. Allein eine bessere Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder könne dazu beitragen, dass Eltern ihre Berufstätigkeit ausbauen und so auch „ein besseres Grundeinkommen“ erzielen können, sagte Frau Vogt. Kretschmann und seine Partei planen „einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr eines Kindes“.

Auch die Sozialministerin **Monika Stolz** (CDU), die den Spitzenkandidaten ihrer Partei, Ministerpräsident Günther Oettinger, vertritt, ist der Auffassung, dass

eine Verbesserung der Arbeitswelt und der Betreuung Vorrang vor zusätzlichen finanziellen Zuweisungen des Staates an die Familien haben müssten. Die wachsende Kinderarmut in Deutschland habe zwar „auch mit finanziellen Problemen zu tun“. Ein Umdenken aber müsse „in den Köpfen beginnen“. Alle, auch die Arbeitgeber, müssten dazu beitragen, „die Angst vor Kindern“ zu bekämpfen.

**Siegfried Stresing**, Geschäftsführer des Landesfamilienrates, hielt dem entgegen, es gehe nicht in erster Linie um Transferleistungen des Staates. Es gehe vielmehr darum, „den Familien nicht etwas wegzunehmen, was ihnen der Staat nicht wegnehmen darf“. Stresing vertrat die Auffassung, Eltern hätten nicht nur bei Steuern, sondern auch bei den Sozialabgaben ein Recht auf Kinderfreibeträge. Dies sei vom Bundesverfassungsgericht mehrfach angemahnt, von der Politik aber bei den Beiträgen zur Renten- und Pflegeversicherung „verfassungswidrig“ bisher nicht oder nur marginal umgesetzt worden. Stresing wies darauf hin, dass das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen (dabei werden Kinder schwächer „gewichtet“ als die Eltern) in Familien mit Kindern nur bei 37 bis 45 Prozent des Einkommens liegt, das Kinderlosen zur Verfügung steht. Dass Kinder so zu einem „Armutrisiko“ würden, sei einfach nicht wegzudiskutieren. Ute Vogt hatte zuvor gesagt, man möge doch als Familienverband nicht allzu häufig sagen, Kinder seien ein Armutrisiko, weil dies den jungen Leuten den Mut zu Kindern nehmen könne.

### Landeserziehungsgeld soll im Kern erhalten bleiben

Auf Nachfrage des Moderators der Diskussion, **Bert Hauser**, (DFV-Pressesprecher) versicherte Frau



Stolz, die Landesregierung werde das Landeserziehungsgeld bedürftigen Familien auch dann noch zahlen, wenn die Bundesregierung das geplante



## Pressemitteilungen

### DFV : Elterngeld verlängern und 700 Euro pro Kind

Freiburg – Das von der Bundesregierung beschlossene neue Elterngeld ist für den Deutsche Familienverband in Baden-Württemberg ein begrüßenswerter, aber keineswegs ausreichender Neuansatz in der Familienpolitik. Junge Familien und Alleinstehende müssten auf jeden Fall für mehr als 12 oder 14 Monate Perspektive und Hilfe erhalten, sagte der Landesvorsitzende des DFV, Uto R. Bonde, am Donnerstag in Freiburg. Nun sei zunächst die Landesregierung gefordert, die notwendigen Ergänzungen zum beschlossenen Elterngeld bereit zu stellen. Das Land müsse sicherstellen, dass junge Familien bei Bedarf wenigstens drei Jahre lang für jedes Kind eine finanzielle Unterstützung erhielten.

**A**ber auch der Bund müsse seine Mittel noch deutlich erhöhen. Der DFV fordert, dass die Eltern in den ersten drei Jahren für jedes Kind ein Erziehungsgeld in Höhe der Kosten eines Krippenplatzes – monatlich etwa 700 Euro – erhalten. Wenn man mehr Kinder in Deutschland wünsche, wenn Baden-Württemberg wirklich „ein Kinderland“ werden solle, wie es die Landesregierung vollmundig verkünde, sagte Bonde, dann müssten Land und Bund finanziell mehr tun, als bisher angekündigt.

Die erforderlichen Summen für die jungen Eltern könnten nach Auffassung des DFV zwei Jahre lang als „Elterngeld“ (oder als erweitertes „Bundeserziehungsgeld“) und im dritten Jahr von den Ländern als erweitertes „Landeserziehungsgeld“ gezahlt werden. Die Mittel dafür seien vorhanden, wenn der Wille bestehe, jungen Familien wirklich eine Perspektive zu verschaffen und die falsche Familienpolitik der vergangenen drei Jahrzehnte nachhaltig zu korrigieren.

**D**as Problem der bisher völlig unzureichenden Betreuung außerhalb der Familien sei leichter und schneller zu lösen, wenn die Eltern über die notwendigen Mittel verfügten. 1998 habe das Bundesverfassungsgericht eindeutig klar gestellt, junge Familien müssten frei wählen können, ob sie ihre Kinder selbst oder durch Fremde betreuen lassen.

Es komme auch beim Ausbau der Betreuung auf die Individualförderung an, also darauf, dass die Familien über die nötigen Mittel verfügten und nicht auf eine vom Staat von oben herab organisierte „Objektförderung“ beim Ausbau von Betreuungseinrichtungen. Wenn die Eltern das nötige Geld hätten, werde sich automatisch auch ein Markt der Betreuung ergeben – so wie ihn die Eltern bräuchten, sagte Bonde. Schon heute sei es sicher, dass dies kostengünstiger wäre, als wenn man nur Objekte und Einrichtungen fördere, von denen man nie genau wisse, wo und in welchem Umfang sie tatsächlich auch gebraucht werden.

## Resolution zur Asylpolitik

### Bleiberecht für Familien sozial gerechter handhaben

Angesichts vieler Berichte über dramatische Vorgänge bei der Entscheidung über das Verbleiben von Eltern und – in Deutschland geborener – Kinder und deren Abschiebung haben die Delegierten einstimmig diese Resolution beschlossen. Sie wurden vom Landesvorsitzenden dem Ministerpräsident Oettinger mit der dringenden Bitte um Unterstützung übermittelt.

Der Deutsche Familienverband Baden-Württemberg versteht sich als Verband, der die Interessen aller Familien vertritt. Zu den Familien in Baden-Württemberg zählen auch die Familien von Ausländern und Asylanten.

Immer wieder werden Asyl suchende Familien in ihre Ursprungsländer abgeschoben. z.T. leben diese Familien schon viele Jahre in Deutschland, die Kinder sind in Deutschland integriert, sie haben hier ihre Freunde, sie kennen die Heimat ihrer Eltern kaum oder überhaupt nicht. Sie kennen und leben die deutsche Lebensart, sie gehen hier zur Schule, sie sprechen Deutsch. Ihre Heimat ist Deutschland und nicht das Herkunftsland ihrer Eltern.

Die Auswirkungen einer Abschiebung auf die Kinder werden i.d.R. nicht berücksichtigt, Atteste von Ärzten werden selbst von Gerichten ignoriert. Ein besonders inhumaner Akt ist es, wenn Kinder aus ihrer schulischen Ausbildung herausgerissen werden.

Der Deutsche Familienverband fordert deshalb die Regierung von Baden-Württemberg auf, in der Abschiebung von Familien mit minderjährigen Kindern besonders zurückhaltend zu sein. Zum Wohl der Kinder ist Familien – unabhängig von der rechtlichen Beurteilung des Asylantrags – nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Deutschland eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung einzuräumen.

Voraussetzung für dieses Verfahren ist, dass die Kinder nicht straffällig sind und bemüht sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

## Wirtschaftsinformationen

### Die Regierung will die "grüne Gentechnik" fördern. Verbraucher- und Umweltschützer schlagen Alarm

Die Befürchtungen von Verbraucherschützern scheinen sich auf ganzer Linie zu bestätigen. Nach Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) hat nun auch der Umwelt-Kabinettskollege Sigmar Gabriel (SPD) gezielte Fördermaßnahmen für die sogenannte grüne Gentechnik angekündigt. Dabei stünden "Chancen für die Landwirtschaft, den Umweltschutz und die Verbraucher" im Mittelpunkt, sagte er laut Focus. Gabriel betonte, daß es "eine klare Kennzeichnung vor allem für Nahrungsmittel" geben müsse, damit der Verbraucher selbst entscheiden könne, ob er gentechnisch veränderte Lebensmittel konsumieren will oder nicht. Außerdem dürften Landwirte, die nicht mit Gentechnik arbeiten wollen, weder behindert noch beeinträchtigt werden.

Für Verbraucherschützer ist das jedoch nichts als Augenwischerei. Von der Glaubwürdigkeit des Wahlfreiheitsversprechen hängt allerdings die Umsetzbarkeit der Regierungspläne ab. Denn laut übereinstimmenden Umfrageergebnissen verschiedener Meinungsforschungsinstitute lehnen rund 80 Prozent aller deutschen Verbraucher Gentechnik auf dem Acker und im Essen strikt ab.

Eine Untersuchung des Schweizer Forschungsinstitutes FIBL zeigte, dass bereits 70-94% des untersuchten Futtermittels verunreinigt sind. Der Raiffeisen-Verband, einer der größten Zulieferer der Landwirtschaft, prognostiziert, die Fleischwirtschaft müsse "davon ausgehen, daß eine großflächige gentechnikfreie Fütterung von Nutztieren nicht mehr möglich sein wird".

Auch die Lobby der Landwirtschafts- und Lebensmittelindustrie hat bereits ganze Arbeit geleistet. Auf gesetzlicher Ebene gelten seit April 2004 die EU-Verordnungen 1829/2003 und 1830/2003. Diese schreiben die Kennzeichnung von Lebensmitteln nur dann vor, wenn der Anteil an gentechnisch veränderten Organismen (GVO) 0,9 Prozent, bezogen auf die jeweilige Zutat, überschreitet. So müssen Milch, Fleisch, Eier und daraus gewonnene Produkte nicht gekennzeichnet werden, wenn die Tiere mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. Auch Lebensmittel, die mit Hilfe von gentechnisch veränderten Mikroorganismen oder deren Enzymen hergestellt wurden, müssen nicht gekennzeichnet werden, wenn die GVO im Produkt selbst nicht mehr nachweisbar sind. Dazu zählen Lecithin, z. B. in der Verarbeitung von Schokolade verwendet, sowie Eiweißstoffe, Stärke, Traubenzucker, Glukosesirup und

Süßungsmittel, die aus GVO-Mais oder -Soja gewonnen werden und in vielen verarbeiteten Fertig- und Instantprodukten Verwendung finden. Auch mit GVO-Hilfe produzierte Zusatzstoffe, Aromen und Vitamine sind deklarierungsfrei.

Noch könnte der Genfood-Durchmarsch in Deutschland gestoppt werden, doch das Zeitfenster ist bereits ziemlich klein. Einflußmöglichkeiten haben die Konsumenten selbst, indem sie zum Beispiel auf Produkte zurückgreifen, die garantiert gentechnikfrei produziert werden, egal ob »bio« oder »konventionell«. Eine entsprechende Liste ist unter anderem unter [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de) im Internet abzurufen. Auch Kommunen können aktiv werden, indem sie sich zur "gentechnikfreien Zonen" erklären.

### Mehrwertsteuererhöhung 2007

#### Mehrwertsteuererhöhung wird an die Verbraucher durchgereicht

Ökonomen von Instituten und Banken, aber auch die Bundesbank sowie Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften warnen einhellig, die Mehrwertsteuererhöhung werde den privaten Konsum 2007 schwer beeinträchtigen, der ohnehin wegen der hohen Arbeitslosigkeit seit Jahren nicht richtig in Schwung kommt. Die Bundesregierung beabsichtigt, mit den zusätzlichen Einnahmen von etwa 20 Milliarden Euro jährlich den Haushalt zu sanieren und die Lohnnebenkosten zu senken. Auch die Versicherungssteuer soll im gleichen Umfang steigen. Das Statistikamt erklärte, eine Senkung der Lohnnebenkosten wirke sich nicht auf die Verbraucherpreise aus, da es sich dabei um Sozialbeiträge, und nicht um Verbrauchsausgaben der Konsumenten handele.

#### Die Folgen der Erhöhung sind schwer abzuschätzen

Da es keine Erfahrungen mit einer Mehrwertsteuererhöhung in dieser Größenordnung gibt, rätseln die Experten derzeit, wie genau die Wirtschaft mit der Kostensteigerung umgehen wird. Eine Studie der Unternehmensberatung Sempora kommt zu dem Schluss, daß fast ein Drittel der von ihr befragten Firmen die Situation nutzen will, um zusätzlich zur Steuererhöhung die Preise zu erhöhen. Mehr als die Hälfte der Handelsunternehmen wolle die drei Punkte teilweise, ein Drittel ganz weitergeben.



## Mehr Dialog in der Erziehung statt vorschneller Verurteilung

Was die Bilder von der Berliner Rütli-Schule zeigten, war ein medialer Paukenschlag zu einer besonderen gesellschaftlichen Situation, die mehr als nur Schlagworte verdient. Die Zuspitzung kommt allerdings angesichts gesellschaftlicher Konfliktlagen und staatlicher Einsparungen nicht überraschend.

Unsere Gesellschaft verändert sich rasch und viele junge Menschen erleben den Alltag als ein kurzlebiges Geschehen – „fun“ und „action“ sind allseitig medial vorexerzierte Vorbilder. Viele medial fiktive Scheinwelten produzieren Verhaltens- und Umgangsweisen, die kaum von verantwortungsbewussten Eltern und Erwachsenen verstanden oder unterstützt werden.

**B**emerkenswert ist, dass es erst eines Hilferufes eines Kollegiums bedurfte, damit die Gesellschaft und Politik aufmerksam wurde.

Auf Spielplätzen, Pausenhöfen und öffentlichen Orten macht sich eine Art von „neuen Umgangsformen“ breit, die Anlass zu Besorgnis macht. Einem wachsenden Anteil der jungen Generation mangelt es an Orientierung, an Verständnis für die Traditionen unserer Gesellschaft und für die Regeln eines zivilisierten Zusammenlebens. Respekt, Toleranz, Aufrichtigkeit und Verantwortung für Schwächere erscheinen für viele Kinder wie Fremdwörter. Über die Folgen wird derzeit laut lamentiert: über die Beliebigkeit und Inkonsequenz bei der Erziehung, im angeblichen Versagen der Eltern als Erzieher, über schlechte Vorbilder in Wirtschaft, Medien und Politik sowie in den Defiziten bei der Vermittlung von Werten; auch in der Unfähigkeit bei der Integration von Menschen fremder Herkunft – so die häufigst genannten Gründe. Es fragt sich, wo bleibt die nachhaltige Unterstützung (und Finanzierung) beim jahrelangen Bemühen, die Erziehungskraft von Eltern zu stärken, beim Aufarbeiten der dramatischen Mängel in Schulen und Kindergärten, bei der Lösung von jugendlicher

Arbeitslosigkeit, bei der Einrichtung von Sprach- und Integrationsmaßnahmen für junge Menschen nicht deutscher Muttersprache und aus anderen Kulturbereichen?

**E**inseitige staatliche Repressionen gegenüber auffälligen Jugendlichen insbesondere ethnischer Minderheiten, wie sie in ersten Reaktionen gefordert wurden, sprechen nicht für eine langfristige Konzeption.

Es geht nicht allein um deutsche Sprache, es geht darum, dass man mit ihnen spricht! Und um mehr als Integration: Die Fälle von Misshandlung von Schülern durch Mitschüler, der Erfurter Amoklauf, all das ist längst bekannt.

Die Lösung liegt in konkreten Schritten – in präventiven Konzepten; den Eltern ist tatkräftige Unterstützung bei ihren Erziehungsaufgaben anzubieten – Populismus schadet nur und hilft nicht!

Wer nach Wertefundament und Leitlinien für die Erziehung sucht, muss im besten Kontakt zu den Eltern und Jugendlichen stehen, muss deren Lebenswirklichkeit kennen und im partnerschaftlich Miteinander an Problemlösungen konstruktiv mitarbeiten – dies kann aber nicht immer ehrenamtlich und ohne professionelle Unterstützung geschehen.

**E**lternverbänden und engagierten Pädagogen muss dazu Gehör „geschenkt“ werden. Auch hier gibt es nicht „einfache Lösungen“, sondern eine Vielzahl verschiedener Ansätze.

Nicht nur die Kirchen spielen eine anerkannt wichtige Rolle in der Kinderbetreuung – sie sind wichtige Partner bei der Vermittlung von Werten in einer plural gestalteten Gemeinschaft; aber auch sie haben allein kein Monopol, sondern sind Teil einer mobileren Gesellschaft.

**Gefordert ist mehr gesellschaftlicher Dialog und Unterstützung der Erziehenden und junger Menschen.**

*Fortsetzung von Seite 3*

Elterngeld einführe. „Wir wollen, dass Familien sich nicht verschlechtern, die bisher Landeserziehungsgeld bekommen haben“, sagte sie wörtlich. Das Landeserziehungsgeld dürfe auch nicht als Einkommen gegen das Elterngeld verrechnet werden. „Wir wollen, dass nichts verloren geht, auch nicht im dritten Jahr (der Elternzeit)“, bekräftigte sie. Die Einzelheiten einer Neuregelung seien allerdings von der Ausgestaltung des Elterngeldes abhängig. Frau Stolz gab damit auch Antwort auf die Forderung des DFV-Landesverbandes, der in seinem vor der Wahl veröffentlichten Positionspapier eine Beibehaltung des Landeserziehungsgeldes verlangt hatte.



Von den Kandidaten der anderen Parteien wurde die Forderung erhoben, die Mittel für das Landeserziehungsgeld (über 80 Millionen Euro im Jahr) für den Ausbau der Kinderbetreuung im Land einzusetzen. Vogt und Kretschmann wollten die Mittel generell für die Betreuung einsetzen. Goll sprach sich für die Gewährung von Betreuungsgutscheinen für die Gruppe der bisher Berechtigten aus.

In der Diskussion mit dem Publikum – es waren etwa 100 Gäste gekommen – gab es eine Kontroverse in der Frage, ob es mittelständischen Unternehmern zuzumuten sei, Fachleute aus ihrem Betrieb frei zu setzen, wenn diese als frischgebackene Väter das von der Bundesregierung geplante Elterngeld für Väter zwei Monate lang in Anspruch nehmen wollten. Eine Debatte entspann sich auch um die Frage, ob die geplante Auflockerung des Kündigungsschutzes junge Familien nicht davon abhalten könne, Kinder zu bekommen. Sozialministerin Stolz sagte dazu, an dieser Frage zeige sich die Komplexität der Familienpolitik. Einerseits böten sichere Arbeitsplätze jungen Familien Sicherheit, andererseits müsse die Landesregierung aber auch dafür sorgen, dass möglichst viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Wenn die Lockerung des Kündigungsschutzes dazu beitrage, sei dies zu begrüßen.

Der Landesvorsitzende, **Uto R. Bonde** hatte zu Beginn der Veranstaltung dem Chefredakteur des SWR-Fernsehens, **Michael Zeiss**, für dessen Grußwort und für die Gastfreundschaft des SWR gedankt. Auch er hatte angekündigt, dass sich der DFV „kritisch in Erinnerung bringen“ werde, wenn die Landespolitik, ihr Ziel verfehlen sollte, Baden-Württemberg wie angekündigt zu einem „Kinderland“ zu machen. Familien sind – um das Motto der Veranstaltung leicht zu variieren – unverzichtbar für die Zukunft jeden Landes. Aber sie müssen dazu erst einmal selbst eine Zukunft haben.

Bert Hauser

### Informationen zum SWR – [www.swr.de](http://www.swr.de)

Wollten Sie nicht schon mal Ihre Meinung nach einer Sendung direkt an den Sender loswerden? Sie können :

1. Hörerinnenmeinungen, Anregungen und Wünsche an die Direktoren und Abteilungsleiter oder direkt an die Sendungsmacher schicken. Im Internet sind entsprechende Formulare direkt bei den Sendern zu finden.

2. Per Telefon und E-Mail an den SWR

Intendant Prof. Peter Voß	0711 / 929-1000	<a href="mailto:Peter.Voss@swr.de">Peter.Voss@swr.de</a>
Hörfunkdirektor Bernhard Hermann	07221 / 929-2211	<a href="mailto:Bernhard.Herman@swr.de">Bernhard.Herman@swr.de</a>
Fernsehndirektor Bernhard Nellesen	07221 / 929-291	<a href="mailto:Bernhard.Nellesen@swr.de">Bernhard.Nellesen@swr.de</a>
Landessenderdirektor Dr. Willi Steul	0711 / 929-2400	<a href="mailto:Will.Steul@swr.de">Will.Steul@swr.de</a>
Land und Leute FS Ba.Wü. Hans-Peter Archner	0711 / 929-3421	<a href="mailto:Hans-Peter.Archner@swr.de">Hans-Peter.Archner@swr.de</a>
SWR 1 Ba.-Wü. Thomas Dürselen	0711 / 929-4290	<a href="mailto:Thomas.Duerselen@swr.de">Thomas.Duerselen@swr.de</a>
SWR4 – Ba.-Wü. Martin Born	0711 / 929-4265	<a href="mailto:Martin.Born@swr.de">Martin.Born@swr.de</a>

3. Rückfragen bei Landesfamilienrat:

Marianne Schmid-Bastin, Rundfunkrätin 0711 / 248927-0 [schmidbastin@landfrauen-bw.de](mailto:schmidbastin@landfrauen-bw.de)



### Baustoffzentrum von Götz + Moriz stellt das Miteinander in den Mittelpunkt

Anzeige Freiburg. Götz + Moriz hat mit einem der größten Baustoffzentren im süddeutschen Raum im wortwörtlichen Sinn ein Zentrum für das Thema ‚Bauen‘ geschaffen. Auf 28.000qm steht ein riesiges Sortiment an Materialien ebenso bereit wie die Fachleute, die bei der Auswahl behilflich sind. Seit Anfang des Jahres ist die Zusammenlegung der beiden Freiburger Standorte vollzogen und das Zentrum in der Basler Landstraße eröffnet. Vor allem der Anspruch, die Themen ‚Bauen, Sanieren, Renovieren oder Modernisieren‘ familienfreundlicher zu gestalten, ist gelungen. „Beim Thema Bauen geht es um Leben. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Dieses Leben und das Menschliche wollen wir in unseren Ausstellungen mit einfließen lassen“, erklärt Eckhard Rein, Geschäftsführer der Götz + Moriz GmbH. Sein Wunsch: „Wir wollen mit unserer Beratung und unserem Wissen einen Anteil daran haben, dass das Wohnen angenehmer, gemütlicher, gesünder – schlichtweg besser wird.“ Das neue Bauzentrum, das hat sich bereits gezeigt, ist eine perfekte Basis, um diesen Wunsch zu erfüllen.

#### Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber:** Deutscher Familienverband Landesverband Baden-Württemberg e.V., St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg, Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30, familienverband@dfv-baden-wuerttemberg.de

**Redaktion:** Uto R. Bonde

**Bankverbindung:** Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

**Produktion:** Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout), Wuhrmann-Druck GmbH, Freiburg (Druck).

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen am 12. Oktober 2006.

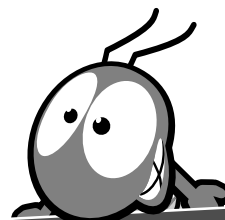
Der Redaktionsschluss ist am 29. September 2006.



## GÖTZ+MORIZ

Beim Bauen gut beraten

### Baustoff-Fachhandel



Bei allen Fragen rund ums Bauen stehen wir Ihnen mit Rat und Tat zur Seite!  
Ihr Götz + Moriz-Team

Unsere Fachabteilungen erreichen Sie wie folgt: 0180 5 9989 + die entsprechende Durchwahl\*

Fliesen .....	-11
Holz .....	-22
FTT .....	-33
Baustoffe .....	-44
Baugeräte / Mietpark .....	-55
Gala .....	-66
hagebau .....	-77
Trockenbau .....	-88
Dach + Fassade .....	-19

\* 12 Cent / Minute

#### Götz + Moriz-Niederlassungen finden Sie in:

Bad Krozingen, Bad Säckingen, Emmendingen, Freiburg, Lörrach, Müllheim, Titisee-Neustadt, Waldkirch

info@goetzmoriz.com | www.goetzmoriz.com



## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### **\*Kinderfernsehen" – absolut unnütz**

„Baby TV" flimmert seit Monaten auch in Deutschland; vorerst zwar bloß in den modernisierten Netzen von Kabel BW, also nur in Ballungsräumen wie etwa Stuttgart – doch weitere Netzbetreiber dürften in absehbarer Zeit folgen. „Baby TV" funktioniert nicht viel anders als die "Teletubbies", aber es gibt Unterschiede: Gesendet wird rund um die Uhr, und das Angebot richtet sich ausdrücklich an Kinder bis zu drei Jahren. Die Animation ist schlicht und besteht im Wesentlichen aus den Grundfarben, es gibt viel Musik, die Schnittfolge ist sehr ruhig; lange Einstellungen dominieren, sodass sich die kleinen Zuschauer in Ruhe ihr Bild machen können. Die erzählten Geschichten sind übersichtlich; die Kommentare fordern die Kinder immer wieder auf mitzumachen. Die einzelnen Sendungen sind teilweise bloß bessere Clips. Renommiertere deutschen Erziehungswissenschaftler halten Fernsehen für Babys für vollkommen überflüssig, weil diese kaum etwas von dem verstehen was auf dem Bildschirm geschieht.

**Fazit: Altersgerechtes und motivierendes Spielzeug und eigenständiges Erforschen mit allen Sinnen, ist eben doch besser. Kleinstkinder entwickeln sich noch am Besten über das eigenhändige "be-greifen".**

Neues Gesetz:

### **Zigarettenautomaten mit Kindersicherung**

Als Jugendschutzmaßnahme ist gedacht, dass die Raucher sich an Automaten, von 2007 an, mit ihrer Geldkarte ausweisen müssen. In der Neujahrsnacht 2007 werden die rund 500.000 Zigarettenautomaten im Land umgestellt. Der Käufer wird dann erst nachweisen müssen, dass er mindestens 16 Jahre alt ist, bevor er seine Kippen bekommt, und zwar mit seiner Geldkarte. Stellt das Lesegerät des Zigarettenautomaten fest, dass der Kunde noch keine 16 ist, streikt er. Ohne die Geldkarte geht am Zigarettenautomaten von 2007 an nichts mehr.

### **Staat will mehr Konten ausspionieren**

Die Bundesregierung hält an der Ausweitung des Kontoabrufverfahrens fest, obwohl die Kritik nicht verstummen will. Bis August 2007 ist vorgesehen, dass die rechnerische Kapazität so erweitert wird, dass täglich 5 000 Anfragen von Finanz- und Sozialämtern bewältigt werden können.

Bei 30 Mill. Steuererklärungen reichen die im vergangenen Jahr 8700 erfolgten Kontoabfragen für den Bedarf der Finanzämter nicht aus. Die Kreditinstitute

**[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)**

### **Verbraucherschützer warnen vor dubiosen "Kinderkonten"**

Die Verbraucherzentrale Brandenburg warnt derzeit vor der Eröffnung eines »Kinderkontos« bei dubiosen Kapitalanlage-Unternehmen. Immer wieder bekämen Eltern entsprechende Angebote per Post oder über das Internet zugesandt.

Den Angeschriebenen werde vorgerechnet, wie aus einem Anlagebetrag von 50 Euro monatlich innerhalb von 12 Jahren mit Hilfe von »Tradinggeschäften« und ohne Risiko knapp 140 000 Euro werden könnten.

Bei höheren Einlagen sei sogar eine noch bessere Wertentwicklung möglich. Mit dem Gewinn lasse sich die Zukunft der Kinder finanziell sichern. Solche Geschäfte, die nach Angaben der Verbraucherschützer auf dem »Grauen Kapitalmarkt« abgewickelt werden, seien allerdings hoch riskant. Vor allem gebe es für den Anleger keine Absicherung gegen einen kompletten Verlust seines Geldes. Hinter den dubiosen »Kinderkonten« stecken Unternehmen aus Spanien oder den USA beziehungsweise mit ihnen zusammenarbeitende Vertriebsfirmen aus Deutschland.

warten ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab, das noch in diesem Jahr über eine Verfassungsbeschwerde über den automatisierten Abruf von Kontodaten entscheiden will.

Nach dem Ende 2003 verabschiedeten Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit haben seit April 2005 auch die Finanzämter und die Sozialbehörden die Möglichkeit, Kontostammdaten von Bürgern abzufragen. Dabei geht es um den Namen, das Geburtsdatum die Anzahl der Konten und Verfügungsberechtigte. Kontostände und -bewegungen sind vom Abruf ausgeschlossen. Bundesweit bestehen Zugriffsmöglichkeiten auf rund 500 Mill. Konten.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) verzeichnete im Rahmen ihres Kampfes gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung im vergangenen Jahr 62 000 Kontoabfragen. Der Genossenschaftsverband in Frankfurt spricht von 14 Mill. Vorgängen alleine bei seinen Mitgliedsinstituten.

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, hatte bei Stichproben (nordrhein-westfälischer Finanzämter) neun von zehn Abfragen bemängelt.



## Nachrichten der Ortsverbände

### Kreisverband Breisgau

#### Erster Deutscher Familientag 15. Mai 2006

Auf Initiative des DFV Breisgau hat das Freiburger Bündnisses für Familien sich entschlossen, diesen "Tag der Familie" vor Ort in Freiburg mit zu gestalten.

Eingeladen wurde auch der Schirmherr, Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, der sich daraufhin entschlossen hat, zu diesem Anlass selbst zu einem Empfang ins Rathaus der Stadt einzuladen.

Wir freuen uns über diesen Entschluss, zumal es uns ein großes Anliegen ist Familienpolitik als Chefsache zu verdeutlichen und Dr. Salomon kann damit sicherlich ein wichtiges Signal auch in die Richtung der anderen gesellschaftlichen Gruppen senden.

Wer Interesse hat sich beim Bündnis für Familie zu beteiligen wendet sich an:

Freiburger Bündnis für Familie (FBF)  
AG Öffentlichkeitsarbeit  
c/o Gerhard Laupheimer,  
Sommerackerstr. 16, 79117 Freiburg  
Tel.: 0761 – 44 53 11 ; Mail: info@bf.de  
Oder nehmen Sie Kontakt mit dem Kreisverband Breisgau auf.

### Kreisverband Emmendingen

Der Kreisverband Emmendingen des Deutschen Familienverbandes (DFV) lud zur Eröffnung der Wanderausstellung „Mehr Mut für Familien“ in die Wandelgänge des Kurhauses Freiamt ein. Prominente Gäste waren der DFV-Vorsitzende Baden- Württembergs, Uto R. Bonde (Freiburg), Bürgermeisterin Hannelore Reinbold-Mench und in Vertretung von Landrat Hurth kam Günter Stecher.

Die Ausstellungsidee stammt von drei engagierten Müttern. Aus ihren Lebensalltag haben sie viele Kommentare und Erfahrungen zur Familiengründung zusammengetragen und wollen damit auch jungen Paaren Mut machen, sich zur Familie zu bekennen. Die Ausstellung stellt mit Fotos und Kurzberichten Familien mit ihren Kindern vor und geben ein lebendiges Zeugnis von der Familie als Keimzelle der Gesellschaft und wollen durch und mit diesen Dokumenten Mut zu eigenen Kindern machen. Der

DFV-Ortsverband Freiamt präsentiert mit Schautafeln die Arbeit seiner örtlichen Mitgliedsfamilien.

#### Neuwahlen des Vorstandes

Alter und neuer DFV-Kreisvorsitzender blieb Peter Köstel, ebenfalls Manfred Thumm als Pressereferent, beide wurden einstimmig im Amt bestätigt. Als Kassenwart rückte Lutz Friedel für Friedrich Penisch nach; Joachim Kaudt wurde wieder als Schriftführer gewählt. Annette Gezer und Frau Böcherer sind die neuen Kassenprüferinnen und mit Dora Baltes, Thomas Böcherer, Melitta Cocan, Hildegard Grafmüller, Peter Reinbold und Lilly Rudis als Beisitzer, ist das neue Vorstandsteam wieder komplett.

Als Vertreter des Kreises Emmendingen beim Landesverbandstag wurden Peter Köstel, Heidi Reinbold, Peter Reinbold und Herr Rudis als neue Delegierte gewählt, Ersatzdelegierte sind Annette Gezer, Joachim Kaudt, Elke Lürtzener und Rita Schmidt.

Peter Köstel

### Ortsverband Herbolzheim

#### Thomas Ruddies löst Franz Keppner ab

Der Ortsverband Herbolzheim wählte Thomas Ruddies zum neuen Vorsitzenden. Er ist Nachfolger von Franz Keppner, der 31 Jahre Vorsitzender in Herbolzheim war und den Ortsverband 1975 gründete, der heute 78 Mitgliedsfamilien hat. Er war 27 Jahre Mitglied im Kreisvorstand Emmendingen, davon mehrere Jahre stellvertretender Vorsitzender.

Landesverbandsvorsitzender Uto R. Bonde überreichte dem Ehepaar Keppner einen speziellen Dankbrief und würdigte die Leistungen des 65-jährigen und seiner Frau Annemarie. Franz und Annemarie Keppner wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Die stellvertretende Vorsitzende Rita Schmid überreichte dem scheidenden Vorsitzenden einige sehr originelle Abschiedsgeschenke.

Verabschiedet wurden auch Susanne Friedel (Pressesprecherin) und Lilli Ruddies (Rechnerin).

Den neugewählten Vorstand bilden Vorsitzender Thomas Ruddies und Rita Schmid (Stellvertreterin): Ralf Schäfer (Rechner/ neu), Melitta Cocan (Schriftführerin wieder gewählt), Beisitzer: Herbert Fees (Gerätewart), Ottmar Herbstritt (Technik), Gerhard Heß (Technik), Lilli Ruddies (Beratung), Manuela Wagner (Theater) und Helga Wienke (Pressesprecherin). Kassenprüfer: Delia Hachenberger und Siegrid Liebeskind-Fleck.



## Veranstaltungen und Termine im DFV Ba-Wü

### KV BREISGAU

**15. Mai: Aktion zum 1. Deutschen Familientag**  
Montag, 15. Mai, Rathausfoyer Freiburg. Mit Infos zum Bündnis für Familien

**16. Juli: DFV-Familienbrunch im Rieselfeld**  
Sonntag, 16. Juli, 10 - 14 Uhr, Stadtteiltreff "Glashaus", Maria-von-Rudloff-Platz 1, Freiburg

**23. Juli: DFV-Familienbrunch in Haslach**  
Sonntag, 23. Juli, 10 - 14 Uhr, Stadtteiltreff "Alte Schule" (neben der Post), Markgrafenstr. 8, Freiburg

**08. Okt.: DFV-Familienwanderung**  
8. Okt. Gemeinschaftswanderung mit dem Schwarzwaldverein Freiburg. Infos und Treffpunkt per Tel. oder Email über die Geschäftsstelle erfragen

**21. Okt.: DFV-Kindersachenflohmärkte**  
21. Okt., 10 - 16 Uhr, Stadtteiltreff "Glashaus", Maria-von-Rudloff-Platz 1, Freiburg

**GEMINI-Treffen von Mehrlingseltern**  
Jeden 1. Donnerstag im Monat, 20 - 22 Uhr 79098 Freiburg, Geschäftsstelle der AGF/DFV Rempartstr. 4

**Familientreff "Leben mit Kindern"**  
Jeden 3. Donnerstag im Monat, 16 - 17.30 Uhr 79206 Breisach-Hochstetten, Verenenkapelle

### OV FREIAMT

**Familienhüttenwochenende**  
30. Juni - 02. Juli 2006. Anmeldung bitte bis 30.05.2006 unter Telefon 07645/1444

### LANDESVERBAND

**Seminar "Fit für Familienpolitik"**  
Der Landesfamilienrat (LFR) veranstaltet ein Seminar "Fit für Familienpolitik" für Interessierte.

**Montag, 26.06., 10 Uhr bis Mi., 28.06.2006 im Raum Stuttgart.**

Die familienpolitischen Experten, Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe und Dr. Jürgen Borchert stehen erneut nicht nur für einen Vortrag, sondern auch zur umfassenden Diskussion und Begegnung zur Verfügung. Das Team wird voraussichtlich ergänzt durch einen Vertreter der Familienforschung Baden-Württemberg und aus dem Bereich der Familienorganisationen.

**Bei Interesse bitte umgehend anmelden!**

Tel.: 0711 / 62 59 30 oder [info@landesfamilienrat.de](mailto:info@landesfamilienrat.de)

### UNSERE HAUSBANK INFORMIERT ...

**Treue wird belohnt: Giro<sup>3</sup> - Das neue Girokonto der Volksbank Freiburg mit Familienbonus**

Freiburg. Überaus erfolgreich war die Einführung des neuen Kontomodells Giro<sup>3</sup> für die Privat- und Individualkunden. Hier hat die Volksbank Freiburg Schrittmacherfunktion übernommen, weil das hausintern entwickelte Modell konsequent die Treue der Kundschaft belohnt und die Mitgliedschaft als Bonifizierungskriterium berücksichtigt.

Das Besondere an Giro<sup>3</sup> ist das Bonussystem, das Schritt für Schritt die Kontoführungsgebühren verringert - um bis zu 2,50 Euro jeden Monat. Je mehr Produkte ein Kunde der Volksbank Freiburg hat, desto günstiger wird sein Konto. Und der Clou ist: Es gibt einen extra Bonus für Familien. Alle Produkte, die innerhalb einer Familie (Ehepartner und minderjährige Kinder) genutzt



Heinrich Vomstein, Marketing- und Vertriebsvorstand der Volksbank Freiburg eG

werden, rechnen wir auf alle Giro<sup>3</sup>-Konten der Familie an. So wird der Treuebonus für Familien ganz besonders groß.

„Mitgliedschaft, Treue zu unser Bank und vor allem die Familien sollen belohnt und gefördert werden“, so Heinrich Vomstein, Marketing- und Vertriebsvorstand der Volksbank Freiburg, „dies unterscheidet unser Kontomodell von allen gängigen, marktüblichen und vor allem total austauschbaren Kundenbindungsprogrammen“.

Unter [www.volksbank-freiburg.de](http://www.volksbank-freiburg.de) können Einzelheiten zu diesem in Deutschland einmaligem Kontomodell abgerufen werden.



Giro<sup>3</sup> - Das erste Konto mit Mengenrabatt

# Kreis- und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg

## KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann  
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22  
Tel. 07152 - 5 37 39, Fax 07152 - 5 37 39  
Gunter.Reimann@t-online.de

## KV Breisgau e.V.

Vorsitzender Martin Sarcoli  
79111 Freiburg, Heckerstr. 29  
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)  
info@dfv-breisgau.de

## KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel  
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1  
Tel. 07645 - 18 18, Fax 07645 - 91 63 54  
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

## KV Esslingen e.V.

Vorsitzender: Vera Morlok-Gommel  
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14  
Tel. 07021 - 4 75 25  
vera.morlok-gommel@gemeinde-  
aichwald.de

## OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold  
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7  
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 45  
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

## OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzender: Franz Keppner  
79336 Herbolzheim, Duttensteinstr. 19  
Tel. 07643 - 64 70, Fax 07643 - 48 32  
herbolzheim@dfv-kreis-emmendingen.de

## KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18  
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81  
Herbert.Bruttel@t-online.de

## OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler  
78462 Konstanz, Inselgasse 9  
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 18 94 76  
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

## OV Radolfzell e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18  
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81  
Herbert.Bruttel@t-online.de

## RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke  
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6  
Tel. 06226 - 99 17 26  
Mue\_ke@t-online.de

## Friedrichshafen

Kontaktadresse: Regina Berner-Kerst  
88677 Markdorf, Bergheimerstr. 28  
Tel. 07544 - 74 34 30, Fax 07544 - 74 34  
80

## Raum Stuttgart - Neckar

Kontaktperson: Martha Kaiser  
73235 Weilheim a.d. Teck,  
Karl-Scheufelen-Str. 19  
Tel. 07023 - 7 12 20  
gkaiser@ngi.de

## DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde  
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10  
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30  
familienverband@dfv-baden-wuerttem-  
berg.de

## DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48  
Tel. 030/30 88 29 60, Fax 030/30 88 29 61  
zentrale@deutscher-familienverband.de

## Gemeinsam mehr erreichen ... Werden Sie Mitglied im Deutschen Familienverband

- ◆ Der Anwalt von Familien in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
- ◆ Der mitgliederstärkste Familienverband in Deutschland
- ◆ Der Ansprechpartner und Dienstleister für Familien

## Per Post oder Fax an die DFV-Landesgeschäftsstelle in Freiburg

Aufnahmeantrag			
<input checked="" type="checkbox"/> Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)			
			
Vorname	Name	Geb.-Datum	Beruf
Vorname Partner/in	Name	Geb.-Datum	Beruf
Kinder (Geburtsjahr)			
Straße	Plz	Ort	
Telefon	Fax	Email	
Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von _____ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliederzeitschriften (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:			
Kontoinhaber	Kontonummer	Geldinstitut	BLZ
Datum	Unterschrift		